

kann sich Licht zu Finsternis gesellen? Kann Christus sich mit Belial verständigen? (2. Kor 6, 14–16).

Es sollte nun auch den entschlossensten unter den jüdischen Gegnern des Christentums klar werden, daß das Christentum per se eine Beschränkung einschließt und daß das größte Verbrechen gegen unser Volk nicht im Namen des christlichen Glaubens begangen worden ist.

Ich wäre glücklich, wenn die Nachricht über den Eid Eichmanns unter allen Christen verbreitet würde und wenn ihre metaphysischen und religiösen Konsequenzen in die Herzen aller Nationen verankert würden. Wenn die Menschheit nicht vergißt, was sich gestern in der Heiligen Stadt Jerusalem ereignete, so wird sich dies als eine große Chance für die Kirche erweisen, sich völlig von den Spuren des Antisemitismus zu lösen.

Nicht immer war das so einfach, nimmt doch Satan selbst die Maske eines Lichtengels an (2. Kor 11, 14), aber gegenwärtig scheint es, als ob es erreicht wäre. Das Böse war so grauhaft, daß die Maske gefallen ist. Wer kann jetzt noch, da Eichmann es ablehnte, den Schwur auf den Gott des Neuen Testaments abzulegen, wer kann jetzt noch ein Komplize oder Verteidiger des Antisemitismus sein oder die Grausamkeiten des nationalsozialistischen Deutschlands zu entschuldigen suchen und sich zugleich als guter Christ ausgeben?

Dürfen wir die Hoffnung hegen, es werde, was sich gestern im Jerusalemer Gerichtssaal ereignete, einen dauernden Eindruck hinterlassen? Oder wird es in Vergessenheit geraten? Werden sich neue Wellen des Hasses gegen das Volk Israel erheben? Der Eindruck wird bleiben, hoffe ich, nicht so sehr aus Furcht vor neuen Verfolgungen – wir Juden sehen in unserem Martyrium einen Beweis unserer Erwählung – sondern vor allem deswegen, weil sich meinen christlichen Brüdern eine geschichtliche Chance bietet, ihr religiöses Gewissen von peinigenden Makeln zu reinigen, und weil es dadurch der Kirche gegeben wird, unserem gemeinsamen himmlischen Vater näher zu kommen.

Jerusalem, 21. Juni 1961

17/3 Die Stunde sühnender Liebe

von Prälat Dr. Alois Eckert

Mit Einverständnis der Schriftleitung „Pax Christi“ entnehmen wir aus (III/4), September 1961, S. 14, den folgenden Beitrag:

Wer in den Tagen des Jerusalemer Prozesses am Radio und in der Presse die Nachricht von dem entsetzlichen Kindermord der Weltgeschichte vernommen hat, „wonach das Blut von über eine Million jüdischer Kinder über ganz Europa verschüttet wurde“, dem steht der Herzschlag still. Ich muß an das Wort des Propheten denken: „Eine Stimme ertönt in Rama; Weinen und lautes Wehklagen, Radhel weint um ihre Kinder und will sich nicht trösten lassen, weil sie nicht mehr am Leben sind“ (Jer. 31, 15 u. Matth. 2, 18).

Ein neuer bethlehemitischer Kindermord in unseren Tagen, begangen von unseren Zeitgenossen, ein entsetzliches Ärgernis für die heidnische Welt, den europäischen und den christlichen Namen belastend. Nicht jeder, der jene Zeiten miterlebt hat, wußte oder erahnte genug. Jetzt, da diese furchtbaren Verbrechen erneut vor aller Öffentlichkeit ausgebreitet werden, wird man gewiß nicht von Kollektivschuld sprechen dürfen, es genügt aber auch nicht, sich von einer Kollektivschuld bedeckt zu fühlen. Da allüberall in der Welt beim jüdischen Volk alte Wunden aufbrechen, müßten die Christen sich zusammentun und prüfen, wie sie in diese alten neu aufbrechenden Wunden „Öl und Wein gießen“ können. Es müßte aus einer echten christlichen Haltung geschehen, aus jener Haltung, in der der Erlöser selbst am Ölberg alle diese Verbrechen der Welt auf sich genommen hat, das ist aus *sühnender Liebe*. Um diese selbstloseste christliche Liebe geht es hier. Was im einzelnen zu tun ist, an den überlebenden Angehörigen in aller Welt oder an den Orten der Greueltaten, das müßte von Vertretern der Christenheit ernst überlegt werden. Wesentlich ist, daß den

unmenschlichen Verbrechen und Greueln am jüdischen Volk gegenüber ein christliches Zeugnis gestellt wird, das von einem möglichst hohen Anteil des christlichen Volkes bestätigt wird. Ein solches Liebeswerk in Tat und Wahrheit könnte die Christen untereinander vereinen und dem jüdischen Volk und aller Weltöffentlichkeit dartun, daß Christen versuchen möchten, das ungeheure Leid mitzutragen, und die unsagbare Schuld mitzusühnen.

17/4 Das jüdische Volk im Kampf um seine Eigenart

Zur Einführung in die Probleme, mit denen sich das Exekutivkomitee des Jüdischen Weltkongresses auf seiner Tagung Ende August zu befassen hatte, gab der Präsident des JWK, Dr. Nahum Goldmann, der Presse eine Darlegung der Hauptsorgen der heutigen Zeit.

„Im 19. Jahrhundert ist es darum gegangen, den Juden die politische und soziale Gleichberechtigung zu verschaffen, heute, im 20. Jahrhundert, geht der Kampf um die Bewahrung der geistigen und kulturellen Eigenart des Judentums, die in gewissen Ländern schwer bedroht ist.

Bei aller politischen und sozialen Gleichheit muß dem Juden das Recht zustehen, Jude zu bleiben, wie das andere religiöse Gemeinschaften für sich in Anspruch nehmen“, stellte Goldmann eingangs fest. Und dieses Menschenrecht ist heute, wie er ausführte, am meisten in der Sowjetunion bedroht, wo gegenüber der jüdischen Gemeinschaft eine tiefgreifende Diskriminierung existiert. In der Sowjetunion leben gegenwärtig rund 2½ Millionen Juden, die unter dem Druck einer zielbewußten Assimilierungspolitik stehen. Diese Juden verfügen über keine eigene Literatur, keine eigenen Zeitungen — eine hebräische Zeitschrift soll nächstens erscheinen dürfen —, keine eigenen Schulen, nur etwa 40 bis 50 Synagogen, was in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl steht, ein einziges Seminar für Priester, das auf 17 Zöglinge beschränkt wird, was ebenfalls viel zu wenig ist, kein Recht zum Druck von Bibeln und auch die Organisation ist ihnen verboten, selbst eine Organisation der Synagogen. Untersagt ist auch die Existenz jüdischer Theater. Kurzum, das jüdische Eigenleben ist in der Sowjetunion schwer bedroht, und es ist begreiflich, daß auch keine Vertreter des Judentums aus der Sowjetunion nach Genf kommen durften. „Natürlich hoffen wir immer noch, daß sich das einmal ändern werde“, schloß Goldmann dieses Kapitel ab. In den übrigen kommunistischen Staaten scheine die Beschränkung der Rechte der Juden weniger weit zu gehen.

Eine große Sorge stellt für das Judentum nun auch die Entwicklung in Nordafrika dar.

Marokko hat für die Juden schwere Diskriminierungen eingeführt und verweigert ihnen das Recht der Emigration. Etwas weniger schlecht geht es den Juden in Tunesien. Eine schwarze Zukunft sieht Goldmann für die Juden in *Algerien* voraus, wenn dieses einmal unter die Herrschaft des FLN fallen würde. Dieser habe den algerischen Juden das Recht der Option verweigert, das sonst Franzosen zugestanden wird. Es gibt für sie keine andere Wahl, als Algerier zu werden, stellte Goldmann fest. Die Lage der Juden hat sich in *Agypten* besonders seit dem Suezkrieg verschlechtert. Ein großer Teil von ihnen ist übrigens nach Israel ausgewandert. Das gleiche gilt von *Syrien*. Unter besseren Verhältnissen leben die allerdings nicht zahlreichen Juden in Asien. Durch Aufklärung will der JWK einer Verschlechterung der Situation entgegenwirken.

(Aus: Basler Nachrichten, Nr. 350 vom 19./20. 8. 1961.)

17/5 Israelische Prinzipien in bezug auf „Die Religion im Staat“

Die Knesset, das israelische Parlament, hat die ihr von der damaligen neu gewählten Regierung unterbreitete Erklärung von Grundprinzipien am 16. Dezember 1959 — noch am gleichen Abend als Ministerpräsident Ben Gurion dem Parlament sein neues Kabinett vorstellte — angenommen.

Von diesen Grundprinzipien beziehen sich u. a. die folgenden Paragraphen auf „die Religion im Staat“:

60. Das Zeitalter der Sammlung der Zerstreuten hat jüdische Gruppen in ihrem Heimatland zusammengeführt, die jahrhundertlang unter dem Einfluß von Kulturen und Umgebungen lebten, die weit voneinander entfernt und in ihrer Weltanschauung und ihren Ansichten völlig geteilt waren und sich auch in ihren Gewohnheiten und Sitten völlig voneinander unterschieden. Damit die Nation geeint wird und damit ein normales nationales Leben grundgelegt werden kann, ist es erforderlich, daß in Israel gegenseitige Toleranz und Freiheit des Gewissens und der Religion gepflegt und aufrecht erhalten wird.

61. Die Regierung wird jeden religiösen oder antireligiösen Zwang, von welcher Seite er auch kommen mag, immer verhindern und sie wird sicherstellen, daß mit staatlicher Hilfe die öffentlichen religiösen Bedürfnisse befriedigt werden; sie wird die Freiheit der Religion und des Gewissens für alle nicht-jüdischen Gemeinschaften aufrecht erhalten und dafür Sorge tragen, daß ihre religiösen Bedürfnisse auf Kosten des Staates befriedigt werden; sie wird für die religiöse Erziehung für alle Kinder sorgen, deren Eltern wünschen, daß sie eine solche erhalten sollen.

62. Die Regierung wird den status quo im Staat in bezug auf die Religion aufrecht erhalten.

Die folgenden Paragraphen beziehen sich auf die „*Minori-täten*“.

75. Die erzieherischen, gesundheitlichen, die der Entwicklung dienenden, Wohlfahrts- und andere vom Staat den örtlichen und Erziehungsbehörden zur Verfügung gestellten Dienste sollen allen Einwohnern ohne Unterschied ihrer Gemeinschaft und Religion zur Verfügung stehen.

76. Wo noch keine örtliche Behörde besteht, sollen die ortsansässigen Bürger nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zu der Aufrechterhaltung der lokalen Dienstleistungen beitragen.

79. Die Regierung wird die Zusammenarbeit in moslemischen, christlichen und den Städten und Dörfern der Drusen ermutigen und die nötigen Maßnahmen ergreifen, um ihren kulturellen, beruflichen und sozialen Standard zu verbessern, sie wird in allen diesen Orten Ortsbehörden auf der Grundlage demokratischer Wahlen einsetzen.

80. Für die Araber wird weiterhin für eine Erziehung in Arabisch gesorgt werden mit obligatorischem Studium des Hebräischen. Arabische Bürger in Israel werden wie bisher befähigt sein, das Arabische in Regierungs-Behörden und -Einrichtungen sowie im Parlament zu verwenden.

81. Die staatlichen Einrichtungen für eine höhere Bildung werden weiterhin allen Bürgern ohne Unterschied der Religion, der Nationalität und des Geschlechtes offen stehen. Begabte arabische und drusische Schüler, deren Eltern es sich nicht leisten können, ihre Bildung zu vervollkommen, werden in den Volks- und höheren Schulen Stipendien auf derselben Grundlage wie die jüdischen Schüler erhalten.

83. Eine völlige Gleichheit der Rechte und Pflichten soll allen Bürgern in Israel zustehen.

(Übersetzt aus Christian News from Israel [X/3—4], Jerusalem, Dezember 1959, p. 21 f.)

17/6 Religiöse Ko-Existenz in Israel

Zu Dokumentationszwecken bringen wir diesen Bericht aus der in Tel Aviv erscheinenden deutschsprachigen Zeitung „Jedioth Chadashot“ vom 14. Mai 1961 (s. oben S. 46 ff. 16c!). Die Hervorhebungen stammen von uns, Red. FR.

Im vergangenen Monat fand im Jerusalemer YMCA ein Treffen von Vertretern protestantischer Kirchen und Missionsgesellschaften in Israel und des „Committee for Inter-Faith Understanding in Israel“ statt. Einberufen wurde dieses denkwürdige Treffen durch den Sekretär des „United Christian Council in Israel“, den holländischen Pastor Maas Boertien, der aber selbst krankheitshalber verhindert war den Vorsitz zu führen, den dann ein anglikanischer Pfarrer aus Jerusalem, Canon Johns, übernahm.

Geistliche, Missionare und Missionarinnen aus Jerusalem, Jaffa, Tiberias, Haifa und Nazareth hatten sich eingefun-

den. Von jüdischer Seite war der eigentliche Initiator dieser Zusammenkunft anwesend. Universitätsdozent Dr. Zwi Werblowsky, sowie Dr. Malachi und Rabbi Ken vom Religionsministerium, Dr. Falk vom Wohlfahrtsministerium, Dr. Pnina Nave und der Schreiber dieser Zeilen, namens der World Union for Progressive Judaism, der Organisation des religiös-liberalen Judentums, sowie Herr Wardi, Organisationsaufseher des Inter-Faith-Committee.

Was war der Anlaß dieser interkonfessionellen Zusammenkunft? Dr. Werblowsky im Hauptberuf Dozent für vergleichende Religionswissenschaft an der Hebräischen Universität in Jerusalem, wo er sich mit Urchristentum und Kirchengeschichte befaßt, hatte Ende des vergangenen Jahres und zu Beginn des Jahres 1961 zwei Briefe an das Council der 19 protestantischen Kirchen, die es in Israel gibt, gerichtet. Diese Briefe schrieb Dr. Werblowsky in seiner Eigenschaft als Sekretär des bereits erwähnten Committees für interkonfessionelle Verständigung in Israel, das ja nun schon seit über zwei Jahren besteht und dem führende Persönlichkeiten im Lande angehören.

In diesen Briefen ging es eigentlich um eine ganz einfache und klare Alternative. Dr. Werblowsky gab den Damen und Herren von den 19 protestantischen Kirchen und Missionsgesellschaften in ganz unverblümter Weise zu verstehen, daß sie sich klar zu entscheiden hätten, ob sie brüderliche Beziehungen zwischen Juden und Christen in Israel wünschen, oder ob sie an einer Fortsetzung der Missionstätigkeit *im hergebrachten Sinne* festhalten wollen? Beides kann nicht zugleich bestehen, denn wir Juden, so betonte Dr. Werblowsky, sind gegen Mission sozusagen allergisch.

Diese Alternative ist natürlich, so einfach sie von unserer Seite zu begreifen ist, ein schwieriges Problem aus der Perspektive der Gegenseite, denn das Christentum ist seinem Wesen nach (im Gegensatz zum Judentum) eine missionarische Religion, die auf die Werbung von Proselyten eigentlich garnicht verzichten kann.

Der Befehl des Auferstandenen an seine Jünger, aller Welt das Evangelium zu predigen und auf seinen Namen die Bekehrten zu taufen, ist sozusagen der „kategorische Imperativ“ des Christentums. Das weiß Dr. Werblowsky ebenso gut wie die Lutheraner und Calvinisten, die Presbyterianer und Pfingstler, die Anglikaner und Reformierten, die mit ihm um einen Tisch im Jerusalemer YMCA saßen und — das muß rühmend hervorgehoben werden — sich nicht scheuten, ein heißes Eisen einmal wirklich anzufassen.

Der den Vorsitz führende Anglikaner gab rundheraus zu, daß der Gedanke der Ko-Existenz für ihn eigentlich nichts Verlockendes habe. Er meinte, daß wir aus der Politik schon um die Unzulänglichkeit von Ko-Existenz wüßten und diesen Gedanken nicht als Ideal auf das religiöse Gebiet ausdehnen sollten.

Aber ich habe den Eindruck, daß diese theologisch sicher einwandfreie und ehrliche Haltung nicht die allgemeine war. Es gab und gibt hier christliche Kreise, die bereits beginnen zu verstehen, daß die Zeit der Mission *alten Stils* vorüber ist und anstelle dessen ein offenes und ehrliches Glaubensgespräch zu treten habe. In diesem Zusammenhange bedauerte es Dr. Werblowsky, daß jüdische Wortführer in Israel, die an einem solchen Gespräch durchaus interessiert sein können und es auch sind, ihre Gesprächspartner eigentlich nur jenseits des Meeres in Europa und Amerika finden können, wo theologische Schulen wie die dialektische um Karl Barth (Basel), die sogenannte Kerygma — Theologie Bultmanns (Marburg) und die Gruppen um Tillich und Reinhold Niebuhr (Amerika) offen auf Judenmission verzichtet haben und zu einem fruchtbaren Glaubensgespräch vorgestoßen sind. Der aus England soeben in Israel eingetroffene Rev. Schneider betonte, daß er aus englischer Erfahrung bestätigen könne, wie harmonisch dort die Gesellschaft für jüdisch-christliche Beziehungen, die auch eine Zeitschrift herausgibt, arbeitet, ohne daß irgendeine wie immer geartete Missionstendenz bestünde.